

1. Bundesfachkongress Interkultur

Fachforum zum interkulturellen und interreligiösen Dialog

4. - 6. Oktober 2006, Stuttgart

Zusammenfassung der Plenarveranstaltungen und der Ergebnisse aus den einzelnen Fachforen

Plenarveranstaltung am Eröffnungstag: Erwartungen und Ziele 2

Fachforen Interkulturelle Öffnung in der kommunalen Praxis

Fachforum Kultur:

Förderpolitik – Intercultural Budgeting in der Kulturarbeit 4

Fachforum Jugend:

Interkulturelle Öffnung der Jugendarbeit –
Empowerment migrantischer Jugendorganisationen 6

Fachforum Entwicklungspolitik:

Migranten/innen und Entwicklungspolitik /
Kulturpolitik & Entwicklungszusammenarbeit 9

Fachforum Bildung:

Bildungserfolg durch Partizipation und
zuwanderungsbedingte Mehrsprachigkeit 11

Fachforen zum Interreligiösen Dialog

Fachforum 1:

Gemeinsame Kriterien für das Miteinander in den Kommunen
– interreligiöser Dialog auf gleicher Augenhöhe 14

Fachforum 2:

Rolle der Frauen im interreligiösen Dialog 16

Fachforum 3:

Religion in der Lebenswelt junger Menschen –
aktive Rolle der Jugendlichen beim interreligiösen Lernen 18

Plenarveranstaltung: Fazit und Ausblick 19

Plenarveranstaltung am Eröffnungstag: Erwartungen und Ziele

Berichterstattung: Dr. Naika Foroutan

GRUNDSTIMMUNG:

Die allgemeinen Erwartungen an den Kongress erwiesen sich als ausgesprochen hoch. Mehrfach wurde – etwa mit Blick auf die WM, die Integrationskonferenz oder die Islamkonferenz – auf einen Stimmungswandel im Land verwiesen.

Die positive Erwartungshaltung angesichts der neuen gesellschaftspolitischen und medialen Wertschätzung von Interkulturalität spiegelte sich in der Zahl der Teilnehmenden: Der Kongress war ausgebucht, sowohl unter den Referenten/innen als auch im Plenum gab es zahlreiche Personen mit Migrationshintergrund.

➔ Signal: "Es wird nicht mehr über uns gesprochen, sondern mit uns."

Gelungene Integrationskonzepte wie das Stuttgarter Modell machen Mut, hier anzuknüpfen und weiterzudenken.

AUSGANGSLAGE:

In Politik und Gesellschaft wächst das Bewusstsein, dass es in dieser Form nicht weitergehen kann (Handlungsdruck), zumal Deutschland laut neuester Statistik die stärkste Zuwanderung in Europa hat. Zahlen der Integrationsbeauftragten Maria Böhmer:

- Zahl höher als bisher angenommen: 15,5 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund, 18,6% = knapp 1/5 der Gesamtbevölkerung;
 - 7,3 Mio. Pass-Ausländer, 8 Mio. mit deutschem Pass oder einem deutschen Elternteil.
 - Jeder dritte Jugendliche hat bereits heute einen migrantischen Hintergrund, was nicht zuletzt für Sicherung der sozialen Systeme und die Wahrung des sozialen Standards von Bedeutung ist, denn:
 - Es gibt zu wenig Kinder: Nur noch in 18% der Haushalte etwa in Stuttgart leben Kinder und Jugendliche.
 - 2010 werden in den deutschen Großstädten 50% der Einwohner unter 40 Jahren einen Migrationshintergrund haben.
- ➔ Schafft es die deutsche Gesellschaft, diese Bevölkerungsanteile in die bestehenden Systeme zu integrieren?
- ➔ Viele Versäumnisse in der Vergangenheit sind uns jetzt bewusst. Mehr als je zuvor artikuliert sich derzeit der konkrete politische Wille, sich der Tatsache zu stellen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist.
- ➔ Politischer und gesellschaftlicher Konsens über die Notwendigkeit einer Integrationsoffensive.

Die Frage ist: Von welcher Form von Integration wollen wir ausgehen?

Verschiedene Integrationsmodelle und Ansätze wurden vorgestellt; auch aus anderen Ländern, etwa das britische „diversity“-Konzept oder die „affirmative action“ in den USA.

- ➔ Konsens: Es ist allerhöchste Zeit, Migration endlich als Chance zu begreifen und sich von den alten Mustern zu verabschieden, die Migration vor allem im Sinn von Eindämmung und Kontrolle verhandelten. Migration als Ressource für Kreativität; Mehrsprachigkeit als gesellschaftliches Kapital in einer globalisierten Welt; Migration fördert und fordert Anpassungs- und Erneuerungsfähigkeit der deutschen Gesellschaft und wirkt dem demographischen Wandel entgegen; Ausschöpfung des „Humanpotenzials“ (R. Süßmuth).
- ➔ Zahlreiche Beiträge betonten Kultur als entscheidendes Fundament einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Voraussetzung hierfür ist ein offener, inklusiver Kulturbegriff, nicht zuletzt auch im Dialog zwischen den Kulturen.
- ➔ Ziel des Kongresses war es, bislang eher getrennt verhandelte Bereiche – Kultur, Jugend, Sozialpolitik, Bildung und interreligiöser Dialog – zusammenzuführen: ressortübergreifende und interdisziplinäre Auseinandersetzung mit Themen der Interkultur, Nachhaltigkeit, Zuwanderung und Integration.
- ➔ Der Kongress spiegelte die gegenwärtig generell wachsende Bereitschaft, partei-, ressort- und gesellschaftliche Milieus übergreifend gemeinsam konstruktive Ansätze zu entwickeln. Was in Stuttgart zusätzlich einte, war die programmatische Praxisorientierung:
- ➔ Ziel: Handlungsempfehlungen erarbeiten für (a) Kommunen, (b) Länder und (c) den Bund (für Gesetzgebung).

Der Grundtenor der Konferenz wurde bereits am ersten Tag deutlich:

Wir wollen anders über Migration denken und reden und damit auch das Denken der Anderen beeinflussen:

- Wertschätzung statt Geringschätzung,
- Anerkennung statt Ignoranz,
- mehr Kooperation – weniger Konfrontation,
- Gemeinsamkeiten statt Trennendes suchen,
- verpasste Chancen und verlorene Zeit sollen und können wettgemacht werden.

Während bis vor kurzem noch allzu oft und nur zu gerne vom Zusammenprall der Kulturen gesprochen wurde, propagierte dieser Kongress eine programmatische Offenheit und Bereitschaft zur Kooperation – was nicht zu verwechseln ist mit „Konsens-Seligkeit“ (S. Somuncu) oder „Blätterfabrikation“ (M. Terkessidis).

Fachforum Kultur: Förderpolitik – Intercultural Budgeting in der Kulturarbeit

Berichterstattung: Dr. Hildegard Kurt

Bernd Wagner (Kulturpolitische Gesellschaft), der das Forum zusammen mit Jürgen Markwirth (Amt für Kultur und Freizeit der Stadt Nürnberg) leitete, benannte zunächst die drei Ebenen, auf denen Kulturpolitik stattfindet: Förderpolitik, Ordnungspolitik und Diskurspolitik. Die Frage, ob angesichts der gegebenen Aufgabenstellung eher der Förderpolitik oder der Diskurspolitik Vorrang eingeräumt werden sollte, war eine der Kontroversen, die dieses Forum durchzogen.

Da die Akteure auf dem Podium sehr ausführliche Inputs vorbereitet hatten, fehlte am Ende die Zeit für einen eingehenden Austausch mit dem Plenum. Doch lieferten besagte Inputs vielfältige Anregungen und viel Nachahmenswertes aus den Bereichen künstlerische Praxis, Verwaltung, Kulturwissenschaft, Kulturmanagement und Kulturpolitik. Insgesamt zeigten die Podiumsbeiträge:

- Wir sind in vielem bereits weiter als uns gemeinhin bewusst.
- Eine wirkliche Vernetzung, mehr Austausch/Wissen über Nachahmenswertes und eine verbesserte Koordination vorhandener Praktiken würden zu einem qualitativen Quantensprung verhelfen.
- Zugleich brauchen wir verstärkt spezifische, den Verhältnissen jeweils vor Ort – siehe etwa die Unterschiede zwischen Großstadt und ländlichem Raum oder auch zwischen Bundesländern wie NRW und Brandenburg – angepasste Strategien und Instrumente.

Einige Streiflichter aus den Podiumsbeiträgen:

- Als Fortschritt bewertete der Kulturwissenschaftler Dieter Kramer im Rahmen seiner vorgetragenen Thesen die Tatsache, dass heute in (kultur-) politischen Papieren meist von „Kultur in Deutschland“ anstatt, wie früher, von „deutscher Kultur“ gesprochen wird.
- Das Prinzip kulturelle Diversität sollte für die gesamte Politik gelten und zwar als Kapital einer Gesellschaft. Dorothea Kolland, Leiterin des Kulturstamts Berlin-Neukölln, wies in diesem Zusammenhang auf die kanadische Kampagne „Diversity – our strength“ als nachahmenswerten Ansatz hin.
- Shermin Langhoff, Kuratorin, plädierte mit Nachdruck dafür, sich auf die förderpolitische Ebene bzw. auf die Praxis und die Umsetzung vorhandener Konzepte zu konzentrieren. Vor diesem Hintergrund stellte sie das mit Andreas Freudenberg verfasste Papier „DiverCityArt“ vor, das konkrete Handlungsansätze enthält.
- Adil Kaya, Leiter des Nürnberger „Filmfestival Türkei/Deutschland“, wies auf die nach wie vor mangelnde Kontinuität und Professionalität vieler Projekte im Migrationskontext hin.
- Katrin Werlich (al globe. Brandenburger Haus der Kulturen) mahnte an, die besondere Situation in den neuen Bundesländern zu berücksichtigen. Besonders

dort, aber im Grunde bundesweit sei es wichtig, einen Diskurs zu initiieren und zu moderieren, der Verwaltungen und Ministerien aktiv einbezieht.

- Ulla Harting (Referat "Kulturelle Integration" der Staatskanzlei NRW) wies auf die entscheidende Bedeutung einer verbesserten Vernetzung und Strukturbildung – mit institutionalisierender Wirkung – hin. Auch sie sieht, wie dieses Forum insgesamt, in kultureller Bildung ein zentrales Integrationsthema.

Als Konsens zeichnete sich ab: Aufgabe von Kulturpolitik ist es, durch bundesweite Lobbyarbeit dafür zu sensibilisieren, dass kulturelle Diversität einen immanenten Bestandteil von Kultur generell und mithin eine unverzichtbare Ressource für eine zukunftsfähige Kommune bzw. Gesellschaft in der globalisierten Welt darstellt.

Anschließend wurden Handlungsempfehlungen und Forderungen für die Stuttgarter Erklärung gesammelt. Die knappe verbliebene Zeit reichte lediglich für eine Stoffsammlung, eine Bewertung der einzelnen Beiträge war nicht mehr möglich. Hier einige – hoffentlich repräsentative – Punkte aus diesem Brainstorming:

KERNFORDERUNGEN:

- Der interkulturelle Dialog ist ein Bollwerk gegen Fundamentalismen. Daher soll die *gesamte* (Kultur-)politik interkulturell sein/werden;
- Berücksichtigung von kultureller Diversität in allen Vergabeentscheidungen;
- in allen Lehrplänen (von Grundschule bis Uni) interkulturelle Kompetenz, Wissen über Kulturen und Wissen über Kultur als dynamischen Prozess integrieren;
- interkulturelle Öffnung der Geschichtsschreibung und –vermittlung.

STRUKTURFORDERUNGEN FÜR DEN KULTURBEREICH:

- Interkulturförderung im Kulturbereich ansiedeln;
- interkulturelle Öffnung der Kulturverwaltungen und –einrichtungen;
- etablierte Kultureinrichtungen sollen ihren ethnischen und sozialen Kontext berücksichtigen;
- Interkultur-Diskurs in Kulturentwicklungspläne aller Bundesländer integrieren.

FÖRDERPOLITIK UND FÖRDERINSTRUMENTE:

- unabhängige, „seriöse“, fachkundige und interkulturell besetzte Jurys bei Fördermittelvergabe;
- Transparenz über Fördermöglichkeiten und –entscheidungen;
- erfolgreiche Modellprojekte („Leuchtturm-Projekte“) längerfristig fördern;
- Förderinstrumente für Verstetigung von Projektarbeit entwickeln;

- spezifische Landesförderprogramme entwickeln (Unterschiede wie Stadt/Land berücksichtigen).

WEITERE FORDERUNGEN:

- Berücksichtigung von kultureller Diversität bei allen regionalen, nationalen und internationalen Aktionsprogrammen (z. B. für Bildung, Armutsbekämpfung etc.);
- Wirtschaft soll Verantwortung für Förderung von kultureller Diversität übernehmen.

Fachforum Jugend: Interkulturelle Öffnung der Jugendarbeit – Empowerment migrantischer Jugendorganisationen

Berichterstattung: Dr. Stephan Bundschuh, Sedat Cakir, Meral Sagdic, Birgit Jagusch

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER JUGENDARBEIT

- muss aus zwei Dimensionen bestehen: der interkulturellen Öffnung von Strukturen und Angeboten der Jugendarbeit und dem Empowerment von Migrant*innen-Jugendorganisationen (MJSO);
- Akteure der Jugendarbeit müssen sich über die (subtilen) Ausschlussmechanismen bewusst sein, die bisher Jugendarbeit kennzeichnen, um einen Prozess der interkulturellen Öffnung in Gang zu setzen;
- interkulturelle Öffnung der Jugendarbeit ist eine notwendige Zukunftsaufgabe, die zu Partizipationsgerechtigkeit führt;
- die Ebenen der Öffnung der etablierten Angebote für Jugendliche, der Öffnung der vorhandenen Strukturen und der jugendpolitischen Positionierungen müssen ineinander greifen;
- interkulturelle Öffnung der Jugendarbeit ist eine Querschnittsaufgabe, die auf allen Ebenen und in allen Angeboten der Jugendarbeit implementiert werden sollte.

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG FÜHRT ZU...

- der an der Maxime gesellschaftlicher Gerechtigkeit orientierten Repräsentation der gesellschaftlichen Pluralität in den Strukturen, Angeboten und Akteuren*innen der Jugendarbeit;
- Abbau von Diskriminierung und Ausschlüssen;
- langfristigen Veränderungen der Jugendarbeit (hinsichtlich der Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Angeboten, den haupt- und ehrenamtlich Professionellen sowie den Leitbildern der Institutionen);
- Umverteilung von Ressourcen durch Partizipation an finanziellen, strukturellen, informativen Ressourcen.

EMPOWERMENT VON MIGRANTEN/INNEN-JUGENDORGANISATIONEN ...

- muss sich an der Maxime der Ressourcenorientierung orientieren;
- darf nicht defizitorientiert sein und gesellschaftliche Vorurteile reproduzieren;
- muss Freiräume für Identitätsbildung und Partizipation schaffen;
- trägt dazu bei, dass selbstbewusste Jugendliche Verantwortung übernehmen und sich zivilgesellschaftlich beteiligen;
- zielt auf die Selbstermächtigung der Jugendlichen ab, für ihre Bedürfnisse und Interessen einzutreten;

- ermöglicht die Handlungsfähigkeit von Jugendlichen;
- schafft die Möglichkeit der Selbstrepräsentation (statt des vielerorts noch immer vorherrschenden Paternalismus);
- führt zu Partizipation der Selbstorganisationen an den Strukturen der Jugendarbeit.

VORAUSSETZUNGEN FÜR EINE AKTIVE BETEILIGUNG VON JUGENDLICHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND IN DEN STRUKTUREN DER JUGENDARBEIT

- (Jugendhilfe-) Strukturen, in denen die Jugendlichen mit ihnen vertrauten Themen selbstbestimmt Eigeninitiative und Selbstentfaltung entwickeln können;
- Ansprechpersonen, die ihnen vorurteilsfrei begegnen und mit denen sie sich identifizieren können;
- Anleitung und Begleitung von Professionellen, die ihnen Möglichkeiten aufzeigen, wie sie Aufgaben und Funktionen in der Jugendarbeit übernehmen und sich persönlich weiterentwickeln können.

CHANCENGLEICHHEIT FÜR JUGENDLICHE MIT MIGRATIONSHINTERGRUND BEDEUTET

- Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in Vorständen von Jugendorganisationen aktiv;
- Migranten/innenorganisationen haben gleichen Zugang zu Informationen und Entscheidungsinstanzen über die Förderung der Jugendarbeit;
- Jugendstrukturen von Migranten/innen werden öffentlich gefördert;
- Migranten/innenorganisationen sind als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt;
- Migranten/innen haben stimmberechtigte Vertreter/innen in politischen Gremien (Jugendhilfeausschüsse).

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER JUGENDARBEIT WIRD NUR DURCH INTERKULTURELLE PROZESSGESTALTUNG IN GANG GESETZT. SIE BENÖTIGT

- eine gemeinsame Analyse der Ist-Situation mit jeweils eigenen Diagnoseinstrumenten der beteiligten Gruppen;
- den Abgleich der unterschiedlichen Ist-Beschreibungen und der dazugehörigen Soll-Beschreibung gemeinsam mit den Akteuren;
- Projekte, die sich aus der Soll-Beschreibung entwickeln. Interkulturelle Projekte sind daher Mittel zum Zweck!

ERWARTUNGEN / FORDERUNGEN DER TEILNEHMERINNEN:

- gemeinsame Sollentwürfe, die von allen beteiligten Akteur/innen erarbeitet werden, dienen als Grundlage für den Prozess der interkulturellen Öffnung;
- Einzelprojekte sollen in interkulturellen Prozess eingebunden werden;
- Hierfür ist die Sicherung von materieller und fachlicher Unterstützung mittels nachhaltiger Förderung durch öffentliche Institutionen und Zuwendungsgeber nötig;
- etablierte Träger der Jugendarbeit müssen die Zugangshürden für Migranten/innen-Jugendorganisationen senken.

OFFENE FRAGEN:

- Wie können einzelne temporäre Projekte zum Bestandteil eines die gesamte Institution umfassenden Prozesses werden, ohne ihre eigenen Freiräume zu verlieren?
- Wie können Akteure mit Widerständen im Prozessaufbau und Verlauf umgehen?
- Umgang mit den eigenen unterschiedlichen Rollen der Akteure im Prozessverlauf („Täter, Opfer, Helfer“)?
- Wie kann der Mehrwert der interkulturellen Öffnung Auftraggebern (Zuschussgebern) sowie skeptischen und behindernden KollegInnen vermittelt werden?

Fachforum Entwicklungspolitik: Migranten/innen und Entwicklungspolitik / Kulturpolitik & Entwicklungszusammenarbeit

Berichterstattung: Ana María Jurisch

KERNFORDERUNGEN:

- Die UNESCO-Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt soll als Bezugsrahmen die nationale, Landes- und kommunale Kulturpolitik bestimmen. Die Umsetzung der Konvention erfordert einen nationalen Aktionsplan für den Dialog der Kulturen.
- Der Dialog der Kulturen auf Augenhöhe und in Gegenseitigkeit soll einen Perspektivwechsel ermöglichen und setzt die Bereitstellung von Strukturen, Ressourcen und Kontinuität voraus.

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT:

- Kultur als entwicklungspolitischer Faktor soll anerkannt und gefördert werden.
- Ein bundesweiter Kulturfonds „Interkultur“ soll eingerichtet werden.
- Kulturpolitik muss stärker die Kulturen der Entwicklungsländer berücksichtigen. Mehr Raum für andere Kulturen (heraus aus der Marginalisierung).
- Das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sollten vor der Erstellung entwicklungspolitischer Förderprogramme und Vergaberichtlinien die nationalen Diasporen und ihre zivilgesellschaftlichen Organisationen systematisch einbeziehen.
- Mindestens 25 %-Quote: In allen Institutionen der internationalen Zusammenarbeit sollen verstärkt Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund eingestellt werden.
- Schaffung von Anreizen zur Aufnahme einer Berufsperspektive in diesem Feld;
- Entwicklung neuer Kriterien zur Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund (Sprach- und interkulturelle Kompetenz u.a.) und für Qualifizierungsangebote;
- Förderung von Entwicklungszusammenarbeit von und mit Migranten/innen;
- keine Doppelbesteuerung von Transferleistungen der Migranten/innen in die Heimatländer.

EMPOWERMENT:

- Einrichtung und Unterstützung von Bundes-, Landes- und kommunalen Foren zur Qualifizierung und Vernetzung von Diasporen, Migranten/innen-Selbstorganisationen und EPO-Gruppen;
- Förderung und Anerkennung von Selfempowerment von Migranten/innen und deren Organisationen in der Diaspora;

- Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Erleichterung der Arbeitsaufnahme;
- Netzwerke von Migrant*innen-, EineWelt- und kulturpolitischen Organisationen stärken, ausbauen und nutzen;
- zirkuläre Migration ermöglichen und fördern;
- das kommunale Wahlrecht und die politische sowie kulturelle Beteiligung der Diasporen sollten als originäres Trainingsfeld für Demokratie verstanden und ermöglicht werden.

WISSENSCHAFT:

- Wissenschaft und Forschung sollen verstärkt die Schnittstellen zwischen Migration, Entwicklungspolitik und Kultur erforschen sowie verlässliche Daten und Fakten erarbeiten.
- Internationale Kulturwissenschaftler*innen und ihre Netzwerke sollen als Förderbereich anerkannt und ihr Austausch gefördert werden.
- Internationalisierungen der deutschen Hochschulen: Es soll ein Angebot von für die Diasporen relevanten Inhalten zur Verfügung gestellt werden.

GENDER:

- Der Genderaspekt soll konsequent berücksichtigt werden.

Fachforum Bildung: Bildungserfolg durch Partizipation und zugewanderungsbedingte Mehrsprachigkeit

Berichterstattung: Dr. Naika Foroutan

EINSTIEG:

Der PISA-Schock hat zu der Erkenntnis geführt: Es besteht ein enormer Rückstand bei der Ausbildung von Migrant*innenkindern.

Daher der Schwerpunkt des Forums auf Kinder- und Jugendausbildung.

Fakten:

- Obwohl die meisten Kinder von Geburt an hier sind, gelingt die soziale Integration innerhalb der Bildung nur teilweise.
- Besonders schwierig sind institutionelle Übergänge (Übergang in Kindergarten, Grundschule, allgemeine Schule, Ausbildung, Arbeitsplatz); diese dienen vor allem als verdeckte Selektionsmechanismen.
- Kinder mit Migrationshintergrund besuchen überwiegend Haupt- und Realschulen, wobei auch das Herkunftsland eine Rolle spielt. Viele steigen in niedrigere Schulsysteme ab (z. B. wg. Sitzenbleibens).
- Rückgang der Beteiligung am Ausbildungswesen: Die Eingliederung in das duale System funktioniert nicht. Besonders dramatisch ist dies bei türkischer Herkunft.
- Die Situation beim Übergang in den Arbeitsmarkt hat sich verschärft. Auch hier gibt es Unterschiede je nach Herkunft: 22,5% der Jugendlichen türkischer Herkunft zählen derzeit zu den nicht erwerbstätigen Personen, sind somit komplett aus dem System herausgefallen. Hier muss etwas geschehen!

In der Öffentlichkeit wird häufig Eltern gegenüber der Vorwurf erhoben, sie kümmern sich zu wenig um den Erwerb der deutschen Sprache und generell um Integration.

Zur Verbesserung der gegebenen Sachlage wird im Allgemeinen primär auf den Spracherwerb fokussiert. Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungssituation bei Migrant*innenkindern:

- sprachliche Förderung im Elementarbereich,
- Sprachstandsdiagnostik,

aber auch:

- schulische Förderprogramme (Ganztagsschulen, Deutsch als Zweitsprache, Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe).

Dabei wird teilweise die Sprachproblematik zu einseitig hervorgehoben:

- Genau besehen wäre eine die Bildungskarriere begleitende Förderung nötig. Reine Sprachförderung reicht nicht, da es sich hier um sozial Benachteiligte

handelt. Eine Systemdiskussion findet jedoch nicht statt. Das Problem wird künstlich eingegrenzt.

- Insbesondere Migrantenkinder werden innerhalb der Strukturen diskriminiert.
- Daher: Die Diskussion um Sprachförderung ist eine Scheindiskussion, solange es keine Chancengleichheit gibt.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Behebung der strukturellen Diskriminierung: Institutionelle Übergänge nicht als Selektion nutzen; Qualitätssicherung; Öffnung aller konfessionellen Bildungseinrichtungen für nichtchristliche Kinder und Mitarbeiter/innen.
- Wertschätzung der Herkunftskulturen: Migrantenkulturen als gesellschaftliche und ökonomische Ressource anerkennen, sie nicht als Defizite abqualifizieren. Vom Kindergarten an soll Mehrsprachigkeit als Ressource betrachtet und in die Bildungseinrichtungen übernommen werden. Migrantische Fremdsprachen sollen wie Prestigefremdsprachen (Englisch, Chinesisch, Französisch) behandelt werden (Perspektivwechsel). Dabei soll die Unterrichtung der Muttersprache nicht von den Herkunftsländern übernommen werden, sondern von hier ausgebildeten Lehrkräften.
- Intercultural Mainstreaming: Das pädagogische Personal muss die Migrationstatsache widerspiegeln. Qualifizierungsoffensive für das Personal der Regeleinrichtung: Deutsch als Zweitsprache. Lehrerbildung bereitet nicht auf die Schülerschaft vor; zu wenig interkulturelle Kompetenz; Lehr- und Lerninhalte interkulturell ausrichten; Lehrkräfte für eine Zusammenarbeit mit Eltern schulen; Multikulturalität und Multiprofessionalität fördern; Einbindung von Migranten/innen in Lehre und Lehrplanentwicklung.
- Elterneinbindung: Eltern Zugang zum Unterricht gewähren, sie in ihrem Expertentum und ihren Stärken anerkennen, anstatt primär Defizite herauszustellen („Mama-Lern-Deutsch-Kurs“). Eltern im offenen Alltag als Sprach- und Kulturmittler/innen nutzen.
 - Elternarbeit institutionalisieren, losgelöst von reinen Elterninitiativen; sie mithin im Regelsystem verankern;
 - Partnerschaftlichkeit, Gleichberechtigung, prozessorientiertes Arbeiten, flexible Arbeitsentwicklung als Qualitätsstandards;
 - Eltern als Experten/innen für die Schulung ihrer Kinder anerkennen;
 - Eltern konkret in Kitas und Grundschulen ansprechen und nicht nur Elternbriefe losschicken;
 - in der Zusammenarbeit mit Eltern Kultur- und Sprachmittler/innen nutzen – die Eltern mit ihrer Muttersprache „abholen“;
 - bei der Umsetzung und Konzeption von Elternarbeit Migranten/innen und ihre Organisationen aktiv und gleichberechtigt einbeziehen;
 - den Umgang mit Heterogenität beidseitig (Elter und Bildungseinrichtung)

gen) lernen und üben; Inklusion fördern.

- Vorschlag offenere Schulen: Autonomie der Schule = Engagement der Lehrer/innen sehr wichtig, als Eigeninitiative; Zusammenarbeit mit Jugendamt von Bedeutung, sorgsame Auswahl der Lehrkräfte von Anfang an. Schulische Veränderung geht also vorrangig von der Basis aus und nicht von der Bundespolitik. In den Schulen muss Offenheit und eine Kultur des Vertrauens entstehen. Schulen müssen Lehrpläne auf ihre eigene Klientel abstellen; weniger Vorgaben von außen.
- Passgenauere Umsetzung: Wir brauchen Beratung vor Ort, mobile Teams, die betroffenen Schulen Hilfestellung geben, damit diese vorhandene Programme auch umsetzen können.
- Veränderung ist nicht kostenneutral zu haben – entsprechende Gelder müssen beschafft werden.
- Evaluation und Fremdevaluation ist wichtig.

Rückgänge stoppen. Warum kommen Kinder aus Kindergärten und sprechen nicht Deutsch? Was ist da in dem Kindergarten passiert?

ABSCHLIEßEND VIER KERNFORDERUNGEN:

- Vernetzung mit dem Elternhaus, mit den Behörden, mit dem Stadtteil, Vernetzung der Schule in den Alltag.
- Elternarbeit kann von den Schulen nach anfänglicher Erprobung an die Migrantenvereine weitergegeben werden.
- Das positive Bild der Migranten/innen, wie es vielerorts besteht, soll verstärkt auch nach außen vermittelt werden – keine Zerrbilder mehr transportieren.
- Wir reden über Kinder und Jugendliche in den Bildungsinstitutionen. Wir müssen *mit* ihnen reden (Kundenbefragung). Ziel ist Normalität, nicht Ethnisierung.

Fachforen zum Interreligiösen Dialog am 6. November:

Fachforum 1: Gemeinsame Kriterien für das Miteinander in den Kommunen – interreligiöser Dialog auf gleicher Augenhöhe

Berichterstattung: Dr. Naika Foroutan

AUSGANGSLAGE:

Die Existenz kultureller und religiöser Vielfalt bringt neue Herausforderungen und Konflikte mit sich, die auf kommunaler Ebene Kooperationen zur Gemeinschaftsbildung erforderlich machen. Wünschenswert wäre ein **Dialog zwischen Kommunen, Schulen und Gemeinden**.

Zu den bereits existierenden Foren und zählen:

- **Interreligiöse Räte**, die auch gemeinsam Veranstaltungen durchführen;
- **Abrahamische Teams**, die einen Austausch zwischen Juden, Muslimen und Christen führen und gemeinsam ihre Belange nach außen tragen, etwa in Schulen;
- **Deutsches Islam-Forum** mit Akteuren aus den wichtigsten islamischen Religionsgruppen, aus christlichen und jüdischen Religionsgruppen, aus der Wissenschaft und der Politik;
- **Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit**
- **Religions for Peace**.

Das Deutsche Islam-Forum hat bereits im Einvernehmen mit Vertreter/innen der christlichen und jüdischen Religion einen Leitfaden für den interreligiösen Dialog – als Teil des Kulturdialogs – erarbeitet. Die darin festgehaltenen **Dialogprinzipien**:

- Differenzen ansprechen;
- Gespräche partizipatorisch vorbereiten;
- Langfristigkeit;
- Praxisnähe;
- Aufrichtigkeit und Transparenz;
- Bereitschaft zu Kritik und Selbstkritik.

Vgl. www.interkultureller-rat.de/Themen/Islamforum/0606_Arbeitsgrundlage.pdf

Ergänzungen von jüdisch-christlicher Seite:

- auch eigene Identitätsfindung durch Dialog anstreben;
- Kenntnis der eigenen Glaubensposition und der des Anderen anstreben;
- Respekt und Akzeptanz des Anderen;
- kein alleiniger Wahrheits- und Absolutheitsanspruch für die eigene Religion;

- Frauen als Multiplikatorinnen stärker einbinden;
- jedwedem Missionieren schadet dem Dialog.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Bei der Zusammenarbeit der Religionsgemeinschaften in den Kommunen soll es ein Zusammenspiel von Führungsebene und Basis geben. Während man auf der Führungsebene relativ leicht zu Einigkeit gelangt über Ziele wie Frieden, Toleranz, Gleichheit und die Notwendigkeit des interreligiösen Dialogs, fehlt hierfür an der Basis häufig das Verständnis. Wichtig ist es, Gemeinsamkeit zu lernen (a) im Kindergarten, (b) in den Schulen und (c) durch Formen und Rituale der Begegnung im kommunalen Kontext wie z. B. gemeinsames Feiern.
- Da die Dialogbemühungen der Muslime am wenigsten bekannt sind, ist diese Bevölkerungsgruppe permanent mit dem Vorwurf konfrontiert, sie sei nicht dialogbereit. Hier kommt es darauf an, die vorhandenen Aktivitäten stärker publik zu machen.
- Auf kommunaler Ebene sollten Ansprechpartner der religiösen Gemeinden für die Bildung gemeinsamer Räte benannt werden. Doch zeigen sich hier schon innerhalb der Religionsgemeinschaft der Muslime Schwierigkeiten. Im Islamischen Rat etwa sind die Vertreter nicht Theologen, sondern die jeweiligen Gemeindevorstände. Da muslimische Gemeinden nicht als Religionsgemeinschaft anerkannt sind und sich überdies überwiegend aus Angehörigen sozial schwacher Schichten zusammensetzen, verfügen sie nicht über die nötigen Finanzmittel, um Personen zu beschäftigen, die ihre Belange hauptamtlich vertreten.
- Im interreligiösen Diskurs sind auch die „gläubigen Ungläubigen“ (Atheisten) wichtig. Wenn sie am Dialog interessiert sind, sollen sie daran teilnehmen können.
- Fundamentalisten jedweder Couleur – ob katholische oder protestantisch, ob islamistisch oder ultraorthodox jüdisch – lehnen alle Formen eines interreligiösen Dialogs als Verwässerung der eigenen Religion ab. Dennoch: Wo immer sich doch Gesprächsbereitschaft zeigt, sollte ein Dialog versucht werden, um zu entradikalisierten Positionen und einem elementaren gegenseitigen Verständnis zu gelangen. Fundamentalistische Gruppierungen sollten nicht ausgeschlossen werden. Die Diskussion ist kritisch zu führen und erfordert ein hohes Maß an Geduld – mit der nie auszuschließenden Möglichkeit, am Ende zu verzweifeln.
- Eindeutige Distanzierung von Gewalt und Missionsanspruch. Die deutschen Muslime haben sich eindeutig von jeglicher Form von Gewalt distanziert, vor allem in Bezug auf den Austritt aus der Religion. Religionsfreiheit ist zu definieren als freiwillige Hingabe, als Religionswechsel oder auch als Austritt aus Religionsgemeinschaften.

Fachforum 2: Rolle der Frauen im interreligiösen Dialog

Berichterstattung: Dr. Hildegard Kurt

GRUNDSTIMMUNG:

In diesem Forum zeigte sich eine bemerkenswerte Kommunikationskompetenz: ein von Anfang an zugewandtes, auch selbstkritisches Miteinander zwischen Podium und Plenum sowie ein durchweg konstruktives Argumentieren.

AUSGANGSLAGE:

- In unserer Gesellschaft begegnen wir uns mehr mit Angst als mit Interesse.
- Die Dominanz patriarchaler Denkweisen und Strukturen etwa im Islam ist nicht theologisch festgeschrieben, sondern eine historisch erwachsene Tradition. Islamische Frauen kämpfen zum einen an gegen patriarchale Strukturen in den eigenen Gesellschaften und zugleich gegen Klischees und Ignoranz in der Aufnahmegesellschaft.
- Im interreligiösen Dialog fehlen unterstützende Strukturen für eine angemessene Teilhabe von Frauen, diesen selbst fehlt vielfach noch die nötige Kompetenz in Sachen Finanzakquise sowie die nötige Vernetzung, um selbst solche Strukturen aufzubauen.
- Weltweit durchleben wir gegenwärtig einen umfassenden, tief greifenden Umbruch, was neben dem interreligiösen auch den intrareligiösen Dialog – zwischen den verschiedenen islamischen Glaubensrichtungen oder auch zwischen gläubigen Christen und „Säkularchristen“ – unverzichtbar macht. In diesem Dialog sind die Frauen unterrepräsentiert.
- Frauenpower ist für Frauen gut, vor allem aber für die Gesellschaft.
- Auch Kommunikationsformen sind kulturell bedingt. Welche Kommunikationsformen führen heraus aus Monolog und Konfrontation?
- Ein Umdenken ist nur im und mit dem Gespräch möglich, mit viel Geduld und gegenseitigem Respekt. Auch auf der politischen Ebene ist Gesprächsbereitschaft, gerade mit schwierigen Partnern, ein Schlüssel zum notwendigen Wandel.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN:

- Primär theologische Debatten bringen uns derzeit kaum weiter, umso mehr Dialogformen mit Multiplikator/innen etwa im Bildungsbereich sowie ein verstärkter Austausch im persönlichen Umgang.
- Anstatt von muslimischen vs. christlichen Werten sollten wir mehr über menschliche Werte nachdenken und reden.

- Es gilt, das Zusammenleben im globalen Dorf positiv zu organisieren – im Umgang miteinander auch auf den vorhandenen Reichtum als primär auf Defizite zu schauen.
- Eine angemessene Repräsentanz von Frauen – auch von Theologinnen und (muslimischen) Frauenverbänden – auf allen Ebenen des politischen und interkulturellen bzw. interreligiösen Dialogs ist unverzichtbar, denn Frauen sind offener, pragmatischer und weniger angstgeleitet (vom beobachteten Objekt zum aktiv handelnden Subjekt).
- Da auch Kommunikationsformen kulturell bedingt sind, kommt es heute darauf an, systematisch Methoden und Strategien für eine den Herausforderungen unserer Zeit angemessene Dialogkultur zu entwickeln. Kennzeichen einer solchen sind:
 - horizontale Dialogformen: Alle lernen voneinander;
 - transparente Dialogformen (inner- und interreligiös);
 - ein gemeinsames Forschen, wie kultureller Reichtum und religiöse Diversität sich für die Schaffung zukunftsfähiger Gesellschaften erschließen lassen;
 - Einrichtung von Formen eines kontinuierlichen Austauschs auf kommunaler und Länderebene, z.B. Runde Tische;
 - Institutionalisierung des Dialogs auf möglichst breiter gesellschaftlicher Basis (in Kommunen, mit Verwaltung/Verbänden, im Bildungsbereich sowie insbesondere auch mit den Medien);
 - Inszenierung und Verortung des Dialogs zwecks Stabilisierung und als Zeichen der Wertschätzung;
 - politische und finanzielle Unterstützung!

ÜBERGEORDNETE FORDERUNGEN:

- Lernbereitschaft als Wert
- Anerkennung statt Toleranz

Fachforum 3: Religion in der Lebenswelt junger Menschen – aktive Rolle der Jugendlichen beim interreligiösen Lernen

Berichterstattung: Sedat Cakir und Dr. Regine Froese.

AUSGANGSLAGE:

Suche nach Orientierung und Selbstaussdruck in einer zunehmend pluralen, individualisierten und globalisierten Gesellschaft.

- Religion „light“ im Westen, ungläubiger Osten, „echte“ Religion der Migranten/innen (Shell-Studie 2006);
- „Anlassfrömmigkeit“ und religiöses Patchworking;
- religiöse Desozialisation in der Familie, aber religiöses Elternhaus korreliert positiv mit religiöser Affinität der Jugendlichen;
- Differenzierung „Volksislam“ und „Hochislam“ in muslimischer Jugendreligiosität;
- Dämonisierung des Islam nach dem 11. September 2001 versus Religion als Identität stiftender Faktor.

Auseiner Religion heraus sprechen - nicht übereine Religion

- interreligiöses Lernen erfolgt durch Beheimatung und Begegnung;
- Jugendliche haben Recht auf Religion;
- Differenzierung von religiöser Tradition und kultureller Situation;
- interreligiöses Lernen durch Projektarbeit („neues WIR“);
- authentische Vertreter/innen einer Religionsgemeinschaft als empathische Partner/innen und Begleiter/innen im interreligiösen Lernen.

FORDERUNGEN:

- Schul-/Religionsbücher müssen interreligiös überarbeitet werden;
- interkulturelle und interreligiöse Neustrukturierung der Lehrerbildung;
- Einrichtung von islamischen Lehrstühlen und Ausbildung von muslimischen Sozialarbeiter/innen in Deutschland;
- interreligiöse Kooperation zwischen Jugendverbänden;
- eigenverantworteter Religionsunterricht der Religionsgemeinschaften mit interreligiöser Perspektive – auch in der Minorität;
- interkulturell/interreligiöse Mitgestaltung der Medienlandschaft und entsprechendes Medienlernen;
- größerer Respekt auf *beiden* Seiten: Islam und Mehrheitsgesellschaft.

Fazit und Ausblick

Dr. Hildegard Kurt

An dieser Stelle kann allenfalls von einem „vorläufigen Endergebnis“ die Rede sein, die eigentliche Auswertung erfolgt durch den Kongressbeirat.

Das bemerkenswert gute Gesprächsklima, die Konzentration der Teilnehmer/innen und die Bereitschaft zu konstruktivem Arbeiten haben den Ansatz des Kongresses bestätigt. Die Merkmale dieses Ansatzes sind:

- Interkultur als gesellschaftspolitisches Querschnittsthema verhandeln unter Einbeziehung des interreligiösen Dialogs und der internationalen Entwicklungszusammenarbeit;
- ressort- und disziplinübergreifende Kooperation;
- Zusammenführung getrennter Diskurs- und Handlungsfelder;
- programmatische Ausrichtung auf die Praxis und zugleich konzeptionelle Arbeit („Diskurspolitik“).

Der Kongress bekräftigte uns darin, die Gunst der Stunde, nämlich die derzeit große öffentliche Sensibilität für Fragen und Bedingungen einer interkulturellen Gesellschaft, zu nutzen, um den Arbeits- und Dialogprozess in diesem Feld

- besser zu vernetzen,
- weiter zu qualifizieren und
- zu verstetigen.

Was den letzten Punkt anbelangt, dürfen wir davon ausgehen, dass auf diesen ersten Bundeskongress im nächsten Jahr ein zweiter folgt, voraussichtlich in Nürnberg.

Für eine Verstetigung hat nun auch der Kongressbeirat zu sorgen, der identisch ist mit dem Initiativkreis „Bundesweiter Ratschlag `Kulturelle Vielfalt – Interkultur – Zukunftsfähigkeit der Kommunen´“. Dieses Gremium wird den Kongress auswerten sowie die **Stuttgarter Erklärung** erstellen und verabschieden.

Die Stuttgarter Erklärung wird kein Manifest sein, sondern eher eine Art Kompass, eine Handlungsempfehlung für Politik und Praxis. Alle Arbeit, die wir hier auf dem Kongress gemeinsam geleistet haben, wird in die Redaktion und Diskussion der Stuttgarter Erklärung einfließen.

Die Veröffentlichung der Stuttgarter Erklärung soll Ende 2006 stattfinden.